



Bericht

der Landesregierung

Perspektiven für die Westküste

Drucksache 18/2390(neu)

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Bericht der Landesregierung zu den Perspektiven für die Westküste

Inhalt

1.	Einleitung	3
2.	Westküsteninitiative der Landesregierung	3
2.1.	Westküstenbeirat	4
3.	Fördermöglichkeiten für die Westküste	5
3.1.	Landesprogramm Wirtschaft	5
3.1.1.	Operationelles Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (OP EFRE)/ITI Westküste	5
3.1.2.	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ..	6
3.2.	Landesprogramm Arbeit	7
4.	Verkehrsinfrastruktur	9
4.1.	Straße	9
4.2.	Schiene	9
4.2.1	Marschbahn	9
4.2.2	Gütergleis Brunsbüttel-Wilster	12
4.3.	Häfen	12
4.3.1	Hafen Helgoland	12
4.3.2	Hafen Brunsbüttel	12
4.3.3	Hafen Husum	13
4.3.4	Hafen Büsum	13
4.3.5	Hafen Friedrichskoog	13
4.3.6	Schiffsanbindung der Inseln und Halligen.....	14
5.	Maritime Wirtschaft	14
5.1	Werften an der Westküste	14
5.2	Fischerei/Muschelfischerei	15
6.	Industriepolitik	15
6.1	Industriegebiet Brunsbüttel.....	15
6.3	Regionalmanagement Industrieenergie Dithmarschen/Steinburg	16
6.4	Länderübergreifendes Regionalmanagement für den Wirtschaftsraum Unterelbe ..	17
7.	Energie	17
7.1	Stromtrasse -	17
7.2	Schaufenster Intelligente Energie/Wind.....	20
8.	Tourismus	21
8.1	Nationalpark Wattenmeer.....	23
9.	Forschung und Hochschule.....	23
9.1	Fachhochschule Westküste, Heide	23
9.2	Fraunhofer Institut für Siliziumtechnologie ISiT, Itzehoe	24
9.3	Gesellschaft für Marine Aquakultur (GMA), Büsum	24
9.4	Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI), Helgoland und Sylt	25
10.	Weitere Infrastrukturen und Daseinsfürsorge	25
10.1	Breitbandausbau	25
10.2	Westküstenklinikum Brunsbüttel - Zukunftsmodell 2018.....	27
10.3	Wohnungsbaupolitische Maßnahmen der Landesregierung auf der Insel Sylt.....	28
11.	Fazit	28
Anlage 1	Mitglieder des Westküstenbeirates	30
Anlage 2	Karte Korridore der Westküstenleitung	31

Bericht der Landesregierung zu den Perspektiven für die Westküste

1. Einleitung

In der Regierungserklärung "Neue Horizonte für Schleswig-Holstein" vom 13. Juni 2012 hat Ministerpräsident Torsten Albig angekündigt, zusammen mit den Akteuren aus der Region einen integrierten Plan für die Westküste zu entwickeln. Damit reagierte er auf die Sorge, die Westküste könnte von der allgemeinen Entwicklung in Schleswig-Holstein abgehängt werden. Gleichzeitig ergibt sich die Chance, dass an der Westküste, wo im großen Maßstab erneuerbare Energien entstehen, diese konsequent zur nachhaltigen Wertschöpfung in der Region sowie für neue Arbeitsplätze und Wachstum in der Region genutzt werden können.

2. Westküsteninitiative der Landesregierung

Derzeit steht das Land vor zwei Herausforderungen des Strukturwandels: Energiewende und Erhöhung der regionalen Wertschöpfung. Diese können aus Sicht der Landesregierung nur zusammen mit den Akteuren der Westküste gemeistert werden. Die Westküste Schleswig-Holsteins hat im Bereich strategischer Entwicklung erhebliche, aber derzeit noch nicht ausgeschöpfte Entwicklungspotenziale. Zwar bietet die Energiewende enorme Entfaltungschancen gerade für die Westküste, aber zunächst sind beherrzte Schritte nötig, um von der reinen Winderzeugung und dem Stromexport weiter in Richtung Ansiedlung von Unternehmen (ggf. energieintensives Gewerbe), Energieeffizienz, Speichertechnologien etc. zu gehen. In der Region müssen qualifizierte Arbeitsplätze samt Know-How im Energiebereich geschaffen bzw. ausgebaut werden.

Das zweite Standbein der Westküste ist die Tourismuswirtschaft. Die Nordseeküste Schleswig-Holsteins ist eine touristische Premium-Marke, nicht zuletzt weil die Modernisierungsanstrengungen der letzten Jahre (Infrastruktur, Hotelkapazitäten etc.) greifen. Allerdings gibt es wichtige strategische Felder in der Tourismusstrategie des Landes, wie Nachhaltigkeit, Natur-, Gesundheitstourismus, Städte- und Kulturtourismus, die auch und zum Teil insbesondere für die Westküste gelten, und dort umgesetzt werden müssen. Den veränderten und gestiegenen Ansprüchen der Gäste muss durch gemeinsame Anstrengungen und abgestimmte Konzepte noch besser Rechnung getragen werden.

Die anstehenden Herausforderungen können nur gemeinsam vom Land und den regionalen Akteuren bewältigt werden. Die Instrumente, die der Landesregierung zur Regionalentwicklung zur Verfügung stehen, können nur richtig greifen, wenn sie mit den in der Region vorhandenen Ressourcen, Ideen und Engagement konzertiert zum Einsatz kommen. Neben den vorhandenen Potenzialen ist die Kooperationsfähigkeit unterschiedlichster Akteure eine Schlüsselkompetenz für die Entwicklung der Region. Der Landesregierung ist dabei wichtig, eine höhere horizontale und vertikale Wertschöpfung an der Westküste zu schaffen.

Eine gute Grundlage für die Westküsteninitiative bildet das in einem breit angelegten regionalen Kooperationsprozess erarbeitete regionale Entwicklungskonzept REK A23/B5. Dieses wurde aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft (ZPW) insbesondere mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert und im Jahr 2012 fertig gestellt. Dort sind die wichtigen Themenbereiche und Handlungs-

empfehlungen aufgezeigt, z. B. Verkehr, Energie, Tourismus, Gewerbeflächen, Kooperation. Im Lenkungsausschuss der Kooperation REK A23/B5¹ wird die Umsetzung der erarbeiteten Handlungsempfehlungen und Vorschläge auf den Weg gebracht. Das Land unterstützt die Vorhaben durch das mit 204.600 Euro (ZPW) geförderte Regionalmanagement Regionale Kooperation Westküste/Untere Elbe bei der Projektgesellschaft Norderelbe (PGN). Die gute interkommunale Zusammenarbeit der Kreise an der Westküste ist vorbildlich und schafft eine gute Ausgangslage für die erfolgreiche Arbeit.

Um den Sachverstand vor Ort bestmöglich zu einzubinden, wurde im Februar 2013 ein Westküstenbeirat eingerichtet, in dem regionalen Akteuren u. a. aus Kommunalpolitik, Hochschulen, Kammern, Tourismus, Unternehmen und den Gewerkschaften die Initiative aktiv begleiten.

Faktenbox:

Die Westküste – Nordfriesland, Dithmarschen und Steinburg - hat eine Fläche von 4.567 km² (28,9 % von S-H) und zählt 425.332 Einwohner (15,1 % von S-H). Die Einwohnerdichte beträgt 93,1 Einwohner/km² und liegt damit knapp über der Hälfte des Wertes für Schleswig-Holstein insgesamt (178,1 Einw./km²).

In 2013 waren an der Westküste 13.706 Betriebe ansässig (17,7 % von S-H) von denen 81,7 % unter 10 Beschäftigte hatten. 48 Betriebe hatten über 250 Beschäftigte. 124.122 Personen waren an der Westküste 2013 sozialversicherungspflichtig beschäftigt (14,3 % von S-H). Im Vergleich zum S-H Durchschnitt sind die Branchen, Land- u. Fortwirtschaft, Energie u. Umwelt sowie das Gastgewerbe überrepräsentiert. Unterrepräsentiert sind das verarbeitende Gewerbe sowie die wirtschaftsnahen Dienstleistungen.

Quelle: Regionale Kooperation A23/B5, Fact Book 2014, S. 14 ff

2.1. Westküstenbeirat

Der Westküstenbeirat besteht aus 29 Vertreterinnen und Vertreter aus der Region (Kommunen, Wirtschafts- und Sozialpartner, Hochschulen, Unternehmen etc., s. Anlage) unter dem Vorsitz von Staatssekretär Dr. Nägele. Dort werden Ideen, Strategien, aber auch Entwicklungshemmnisse für die Region erörtert, und gemeinsam nach Lösungen gesucht.

Seit der Konstituierung am 20. Februar 2013 tagte der Westküstenbeirat fünf Mal, einmal in der Form eines Workshops. In konstruktiver Atmosphäre wurden gemeinsam Schwerpunktthemen für die Westküste identifiziert. Diese sind: Verkehrsinfrastruktur, Erneuerbaren Energien, Tourismus und Breitbandausbau.

Im Workshop im Mai 2013 wurde die Einrichtung einer regionalen Entwicklungsagentur für die Westküste gefordert. Seit Januar 2014 gibt es das Regionalmanagement Westküste/Untere Elbe in der Form der Geschäftsstelle des Beirates, das unter einem gemeinsamen Dach der Geschäftsstelle A23/B5 platziert ist. So ist die Anregung aus dem Workshop aufgegriffen und unter Nutzung möglichst vieler Synergien umgesetzt worden. Das Regionalmanagement Westküste ist für das Land und die Kreise eine sehr wichtige Einrichtung, die dabei hilft, alle Kräfte an der Westküste zu bündeln.

¹ Besteht aus den Landräten der Kreise Dithmarschen, Nordfriesland, Pinneberg, Steinburg, den Geschäftsführer/innen der Geschäftsstelle Dithmarschen der IHK zu Flensburg, Zweigstelle Elmshorn der IHK zu Kiel, egeb: Wirtschaftsförderung, WEP mbH, WFG Nordfriesland mbH. Vertreter des Landes nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen teil.

Weitere Themen, die im Westküstenbeirat beraten wurden, waren u. a. die Marschenmanufaktur (im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau) sowie der Wirtschaftsraum Brunsbüttel. Darüber hinaus wurde die neue EU-Förderperiode und die Ausgestaltung der verschiedenen Strukturfonds² EFRE, ESF und ELER diskutiert, insbesondere die Integrierten Territorialen Investitionen „Tourismus- und Energiekompetenzregion Westküste“ (ITI Westküste, s. Pkt. [3.1.1.](#)).

3. Fördermöglichkeiten für die Westküste

Zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung an der Westküste steht grundsätzlich das gesamte Förderinstrumentarium des Landes zur Verfügung; hervorzuheben sind das Landesprogramm Wirtschaft, das Landesprogramm Arbeit und das Landesprogramm ländlicher Raum. Die Informationen zur Förderung 2014-2020 in Schleswig-Holstein sind unter EU-SH.schleswig-holstein.de abrufbar.

3.1. Landesprogramm Wirtschaft

In der Förderperiode 2014 bis 2020 bündelt das neue Landesprogramm Wirtschaft Mittel aus dem Operationellen Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (OP EFRE), Mittel aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) sowie ergänzende Landesmittel. Damit stehen der Westküste verschiedene Instrumente zur Strukturförderung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zur Verfügung.

3.1.1. Operationelles Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (OP EFRE)/ITI Westküste

Aus dem OP EFRE, das am 11. September 2014 als erstes OP EFRE bundesweit durch die EU-Kommission genehmigt wurde, werden im Zeitraum 2014-2020 rund 271 Millionen Euro für Projektförderungen in Schleswig-Holstein, und damit selbstverständlich auch für die Westküste, zur Verfügung stehen. Schwerpunkte der schleswig-holsteinischen EFRE-Strategie sind zielgerichtete Investitionen in eine wachstumsorientierte und nachhaltige Infrastruktur sowie in Vorhaben mit dem Ziel einer nachhaltigen Wertschöpfung.

Mit den so genannten Integrierten Territorialen Investitionen „Tourismus- und Energiekompetenzregion Westküste“ (ITI Westküste) beinhaltet das OP EFRE ein innovatives Umsetzungselement. Das dafür vorgesehene Volumen in Höhe von 30 Millionen Euro wird der Westküste zugutekommen.

Der vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie (MWAVT) aufgelegte Wettbewerb ITI Westküste soll die vorhandenen Standortfaktoren verbessern, die (Weiter-)Entwicklung neuer Potenziale an der Westküste Schleswig-Holsteins fördern und damit zur Stärkung zukunftsrelevanter, nachhaltig wirksamer Standortfaktoren beitragen. Durch die ITI Westküste sollen zudem kontinuierliche Verbesserungen in den regionalen Netzwerken vorgebracht werden. Aus diesem Prozess werden Maßnahmen bzw. Projekte mit einer großen Hebelwirkung für die regionale Entwicklung erwartet, die dauerhaft zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Westküste Schleswig-Holsteins beitragen.

² EFRE = Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, ESF = Europäischer Sozialfonds, ELER = Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums.

Die ITI Westküste hat zwei Leitthemen: „erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ und „ressourcenschonender Tourismus“. Über die ITI Westküste sollen die positiven Entwicklungen im Energiebereich verstetigt und ein klares Kompetenzprofil für die Westküste herausgearbeitet sowie die Attraktivität der Westküste als Urlaubsdestination verbessert werden.

Die Zukunftsthemen der Westküste sollen von Akteuren der Region identifiziert und die Projektvorschläge im Rahmen eines zweistufigen Wettbewerbsverfahrens eingebracht werden. Die Projektvorschläge sind dabei in ein integriertes territoriales Entwicklungskonzept einzubetten, das die beiden Leitthemen adressiert.

Angesprochen sind alle regionalen Akteure der Westküste aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Verwaltung. Es geht um gute Ideen für die Leitthemen „erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ und „ressourcenschonender Tourismus“ einschließlich Nachhaltige Stadtentwicklung und Brachflächenrecycling. Auf diese Weise wird die Westküste aktiv weiterentwickelt.

Die eingereichten Wettbewerbsbeiträge werden durch ein Gremium, das sich aus einer ausgewogenen Anzahl von Vertretern der Verwaltungs-, Fach- und regionalen Ebene unter Vorsitz des Staatssekretärs des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie zusammensetzen wird, und dem Westküstenbeirat ausgewählt. Damit werden die Partner vor Ort in den Entscheidungsprozess eingebunden. Es können einzelne oder alle EFRE-relevanten Projekte aus dem Konzept zur Förderung ausgewählt werden.

Das MWAVT hat zur Begleitung der ITI Westküste mit erheblicher finanzieller Unterstützung aus dem EFRE durch ein ITI-Regionalbüro mit sog. „Scouts“ bei der Projektgesellschaft Norderelbe mbH in Itzehoe eingerichtet. Dieses Büro soll die regionalen Akteure vor allem bei der Erstellung guter Konzept- und Projektideen unterstützen.

Am 16. September 2014 hat Wirtschaftsminister Reinhard Meyer vor rund 170 Teilnehmenden aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Kammern und Verbänden der Westküste den Startschuss für die ITI Westküste gegeben. Die Wettbewerbsbeiträge der ersten Wettbewerbsphase können bis zum 31. März 2015 beim ITI-Regionalbüro eingereicht werden.

Die Auswahl der umzusetzenden Konzepte der zweiten Wettbewerbsphase soll bis Ende des Jahres 2015 abgeschlossen sein.

Das Verfahren des neuen Förderinstruments ITI Westküste bietet der Region eine unmittelbare Beteiligung und Mitsprache. Die „vor die Klammer gezogene“ Mittelreservierung in Höhe von 30 Millionen Euro EFRE-Mitteln für die ITI Westküste ist ausschließlich für die Westküstenregion bestimmt. Das gilt ebenfalls für die flankierende, unterstützende Arbeit der ITI-Scouts. Auch die durch die ITI generierten übergreifenden Konzepte stellen einen Mehrwert für die Region dar.

3.1.2. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)

Der zum 1. Juli 2014 in Kraft getretene neue Koordinierungsrahmen 2014-2020 für die GRW legt unter anderem die verschiedenen Fördermaßnahmen zur Stärkung der

regionalen Wirtschaftsstruktur und das nationale Fördergebiet fest.

In Schleswig-Holstein konnte im Vergleich zur vergangenen Förderperiode ein etwas größeres Fördergebiet ausgewiesen werden (größere C-Gebiete in Flensburg, im Kreis Steinburg und eine neues C-Gebiet in Kiel). Weiterhin als C-Fördergebiet ausgewiesen sind die Kreise Schleswig-Flensburg und Dithmarschen, ebenso wie die zum Kreis Pinneberg gehörende Insel Helgoland.

Daneben ist es dem Land gelungen, auch den Kreis Nordfriesland trotz seiner im europäischen Vergleich relativ positiven wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere im Bereich der Einkommen, wieder als C-Fördergebiet auszuweisen. Damit besteht weiterhin die Möglichkeit, Investitionen von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und in eng begrenzten Fällen auch von Großunternehmen unterstützen zu können. Die Förderung wirtschaftsnaher Infrastrukturen sowie Kooperations- und Vernetzungsvorhaben ist ebenfalls möglich. Das kommt der Westküste insgesamt zu Gute.

3.2. Landesprogramm Arbeit

Die Mittel aus dem Landesprogramm Arbeit in der ESF³-Förderperiode 2014 bis 2020 adressieren auch an die Herausforderungen an der Westküste.

Die Sicherung und Gewinnung von Fachkräften ist das übergeordnete Ziel des Landesprogramms Arbeit. Darüber hinaus bietet das Programm Unterstützung bei der Integration von Menschen, die es besonders schwer haben, in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen. Weitere Maßnahmen fördern das Potenzial junger Menschen. Insgesamt werden zwölf Förderaktionen unterstützt in drei Prioritätsachsen: Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte (Prioritätsachse A), Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und Diskriminierung (Prioritätsachse B) sowie Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen (Prioritätsachse C).

Das Landesprogramm Arbeit flankiert die ITI „Tourismus- und Energiekompetenzregion Westküste“. Insbesondere das Förderangebot „Fachkräftesicherung in speziellen Branchenkompetenzfeldern“, - dazu zählen Tourismus und erneuerbare Energien - bietet inhaltliche Anknüpfungspunkte zur ITI Westküste.

Für das Landesprogramm Arbeit stehen in der neuen Förderperiode insgesamt etwa 88,9 Millionen Euro aus ESF-Mitteln zur Verfügung (einschließlich der Mittel für die Technische Hilfe). Darin enthalten sind gut 5,3 Millionen Euro aus der Leistungsreserve, die ausgezahlt werden, wenn die bis 2018 im Operationellen Programm gesetzten Ziele erreicht werden. Das Land Schleswig-Holstein übernimmt mit weiteren knapp 64 Millionen Euro einen großen Anteil an der Gesamtfinanzierung. Zusammen mit weiteren Kofinanzierungsmitteln hat das Landesprogramm Arbeit insgesamt ein Volumen von rund 240 Millionen Euro.

3.3. Landesprogramm ländlicher Raum/Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“(GAK)

Der ländliche Raum in Schleswig-Holstein wird u.a. aus Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie aus

der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) gefördert. Über den Schutz der mehr als 400 km langen Küstenlinie an der Nordsee vor Überschwemmung und Landabbruch hinaus tragen die Fördermittel des Landes, des Bundes und der EU zur Entwicklung des ländlichen Raums an der Westküste insbesondere durch folgende Fördermaßnahmen bei:

Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit

Im Rahmen des ELER wird Schleswig-Holstein in der Förderperiode 2014-2020 Fördermaßnahmen anbieten, die zur Verbesserung der Wirtschaftsleistung landwirtschaftlicher Betriebe beitragen können. Dazu zählen zielgruppenspezifische Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Beratungsmodule für eine nachhaltige Landwirtschaft, einzelbetriebliche Investitionsförderung zur Unterstützung einer nachhaltigen, umweltschonenden und tiergerechten Landwirtschaft sowie die Umsetzung der "Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP)" zwischen Forschung, Wissenschaft und landwirtschaftlicher Praxis zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft.

Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE)

Das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume unterstützt Aufgaben der ländlichen Entwicklung in den ländlichen Gemeinden mit EU-Mitteln im Rahmen des ELER (in Städten und Gemeinden unter 35.000 Einwohner) und jährlichen Fördermitteln aus der GAK (in Orten unter 10.000 Einwohner).

Die ländliche Entwicklung umfasst ein breites Spektrum von der Dorfentwicklung, touristischen Aufgaben, Breitbandförderung, Nahversorgung und Bildung, Modernisierung ländlicher Wege, Erhaltung des kulturellen Erbes, Bodenordnung bis zu regionalen Entwicklungsaufgaben im Rahmen der AktivRegionen. In dem gesamten Rahmen können - bei Förderbedarf- grundsätzlich auch Aufgaben mit Relevanz beim Klimaschutz und beim Einsatz regenerativer Energien gefördert werden.

Die Förderung touristischer Maßnahmen im Rahmen von ELER beinhaltet Investitionen in vorrangig bildungsorientierte Einrichtungen mit Umwelt- und Naturbezug. Fördermöglichkeiten aus dem ELER wird es außerdem für regionale natur- und raumbezogene Infrastrukturen mit touristischem Bezug, insbesondere für die Anlage, die Beschilderung und die Begleitinfrastruktur von Wanderwegen, Kanu- und Reitrouten, geben.

Leader

Das Leader – Konzept im ELER wird in der neuen Förderperiode zur Stärkung der ländlichen Entwicklung über die LAG AktivRegionen flächendeckend in Schleswig-Holstein fortgesetzt und wurde mit Blick auf die neuen Herausforderungen der ländlichen Räume weiter entwickelt und strategisch neu ausgerichtet.

Die Umsetzung von Leader wird sich künftig auf vier Schwerpunktbereiche konzentrieren: Klimawandel & Energie (verpflichtend), Nachhaltige Daseinsvorsorge (optional), Wachstum & Innovation (optional) sowie Bildung (optional), die in den derzeit neu zu erarbeitenden integrierten Entwicklungsstrategien (IES) in regional angepasster Form auszuarbeiten sind.

Die Entwicklung der regionalen Kernthemen und die Festlegung, welche Vorhaben für die regionale Zielerreichung umgesetzt werden, entscheiden die LAG AktivRegionen nach dem bottom-up – Prinzip auf Grundlage der IES und an Hand von selbst definierten Projektauswahlkriterien. Die IES sind Grundlage für die Anerkennung der LAG AktivRegionen. Auf Grund der Erfahrungen der letzten Förderperiode wird erwartet, dass auch künftig kleinere touristische Maßnahmen umgesetzt werden und

durch die verpflichtende Umsetzung des Schwerpunktes „Klimawandel & Energie“ sind Synergien zu den ITI-Leitthemen „erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ sowie zur „Energiekompetenzregion“ zu erwarten.

4. Verkehrsinfrastruktur

4.1. Straße

Der verkehrliche Ausbau der Straßeninfrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für mehr Wirtschaftswachstum und die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Gegenwart beziehungsweise in der Zukunft.

Die A 23 mit Weiterführung als B 5 durch den nördlichen Teil des Kreises Dithmarschen sowie den Kreis Nordfriesland bis an die Landesgrenze zu Dänemark stellt heute eine insgesamt leistungsfähige überregionale Wegeverbindung dar. Als Haupterschließungsachse für die Westküstenregion kommt ihr auch im Hinblick auf die Entwicklungen im Europäischen Binnenmarkt besondere Bedeutung zu. Sie ist als Landesentwicklungsachse im Landesentwicklungsplan festgelegt (LEP 2010), die zur Verbesserung der räumlichen Standortbedingungen sowie zur Stärkung der Verflechtungsstrukturen im Land beitragen soll. Um den künftigen Anforderungen gewachsen zu sein, wird diese „Westküstenachse“ stetig verbessert. Daher soll in den nächsten Jahren die Stärkung der Westküstenachse A 23/B 5 weiter vorangetrieben werden. Hierzu gehören:

- der im März 2006 begonnene Ausbau der B 5 zur A 23 im Bereich Itzehoe (Lückenschluss), der in 2016 fertiggestellt werden soll,
- der dreispurige Ausbau der B 5 zwischen Itzehoe und Wilster-West, bei dem nach der Fertigstellung des ersten Abschnittes das Planfeststellungsverfahren für den zweiten Bauabschnitt läuft,
- der dreispurige Ausbau der B 5 zwischen Tönning und Husum (Entwurfsplanung), bei der sich der erste von vier Teilabschnitten derzeit in der Planfeststellung befindet und
- der Neubau der Ortsumgehung Hattstedt – Bredstedt im Zuge der B 5, bei dem derzeit für den beklagten Planfeststellungsbeschluss ein Planänderungsverfahren vorbereitet wird.

Ein autobahnähnlicher Ausbau der B 5 nördlich von Heide ist zur Erhaltung bzw. Steigerung der Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit der B 5 gegenwärtig nicht beabsichtigt und aufgrund der vorhandenen und zu erwartenden Verkehrsmengen auch nicht erforderlich.

Dagegen ist die Weiterplanung der A 20, ein zentrales Straßeninfrastrukturprojekt der Landesregierung Schleswig-Holsteins.

Die A 20 ist aufgrund ihrer Bedeutung im noch geltenden Bundesverkehrswegeplan (BVWP) dem vordringlichen Bedarf zugeordnet. Die Landesregierung hat die A 20 für den sich in Aufstellung befindlichen BVWP 2015 wieder angemeldet.

4.2. Schiene

4.2.1 Marschbahn

Ausschreibung der Schienenpersonennahverkehrs(SPNV)-Leistungen für das Netz West

Die Ausschreibung der SPNV-Leistungen für das Netz West (Strecke Hamburg – Westerland) soll den Verkehr ab Dezember 2016 für voraussichtlich neun Jahre sicherstellen.

Ende Oktober 2014 hat die Landesweite Verkehrsservicegesellschaft mbH (LVS) den zweiten Teil des Vergabeverfahrens gestartet, welches die Vergabe der eigentlichen Verkehrsleistung durch ein Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) beinhaltet (Vergabeverfahren Netz West Teil II). Ziel ist es, trotz erschwelter Rahmenbedingungen des SPNV-Marktes den erreichten hohen Angebotsstandard bei gleichbleibenden Kosten zu wahren.

Der Fahrplan des auszuscheidenden Verkehrsvertrages orientiert sich im Grundangebot weitgehend am Status quo, so dass der Angebotsumfang ca. 4,2 Millionen Nutz-Kilometer im Jahr beträgt. Darüber hinaus können zu definierten Konditionen Fahrplanoptionen hinzubestellt werden. Das Grundangebot umfasst folgende Linien:

- Regionalexpress (RE) Westerland – Hamburg-Altona (Stundentakt),
- Halbstundentakt-Verstärker RE Westerland – Niebüll zu bestimmten Uhrzeiten,
- Regionalbahn (RB) Heide – Itzehoe (Stundentakt).

Der RE Westerland – Hamburg wird zwischen Heide und Hamburg-Altona gegenüber dem Status quo um vier bzw. sechs Minuten beschleunigt.

In Glückstadt hat das Land das Recht, mindestens drei Züge morgens in Richtung Hamburg-Altona und vier Züge abends von Hamburg-Altona aus kommend halten zu lassen. Darüber hinaus ermuntert das Land die Bieter, weitere Züge in Glückstadt halten zu lassen und bietet den Bietern für jeden zusätzlich möglichen Halt einen Wertungsbonus.

Die RB Heide – Itzehoe bietet derzeit in Itzehoe Anschlüsse an die Nord-Ostsee-Bahn (NOB) von und nach Hamburg-Altona, während in Heide keine attraktiven Anschlüsse in Richtung Westerland bestehen. Zukünftig soll die RB Heide – Itzehoe so ausgerichtet werden, dass in Itzehoe Anschlüsse an die Nordbahn Richtung Hamburg-Hauptbahnhof und in Heide Anschlüsse nach Westerland bestehen.

Daneben sind Anpassungen der anzubietenden Kapazitäten an die Nachfrage vorgesehen. In diesem Zusammenhang wird eine Begrenzung des Halbstundentaktes Niebüll - Westerland für die Wintermonate auf die Hauptverkehrszeit (HVZ) geprüft. Ferner soll die Zuglänge flexibel an die Nachfrage angepasst werden (d. h. stärken bzw. schwächen der Züge in Niebüll).

Der Verkehrsvertrag sieht ferner allgemeine Zu- und Abbestellrechte des Landes im Umfang von bis zu +20 % und -15 % bezogen auf das Grundangebot vor, so dass bei einem günstigen Angebot auch weitere optionale Leistungsausweitungen beauftragt werden können. Ergänzend werden Optionspreise für die Anbindung von Brunsbüttel per Schnellbus (Brunsbüttel – Itzehoe) sowie mit dem Zug (RB Brunsbüttel Süd – Itzehoe) abgefragt. Der Zuschlag soll Mitte 2015 erteilt werden. Betriebsstart ist am 11. Dezember 2016.

Autozug Sylt

Für die im Dezember 2015 beginnende Rahmenvertragsperiode hat die Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH (ehemals: Landesweite Verkehrsservicegesellschaft mbH) auf Wunsch des Landes Zugtrassen für einen möglichen Autozugverkehr zwischen Westerland und dem Festland beantragt. Damit soll dem Land die Möglichkeit eröffnet werden, zukünftig eigene Autozug-Leistungen zu bestellen und so die Integration der Autozugverkehre mit dem bisherigen Schienenpersonennahverkehr voranzutreiben. Ziel ist es, die Streckenkapazitäten optimal zu nutzen und eine gegenseitige Verdrängung von Nah- und Fernverkehr sowie Autozugverkehr zu vermeiden.

Streckenausbau⁴

Die Elektrifizierung und der zweigleisige Ausbau der Marschbahn nördlich von Itzehoe ist eine langjährige Forderung des Landes gegenüber dem Bund und der DB AG. Die Strecke der Marschbahn ist noch auf folgenden Abschnitten eingleisig:

- Abschnitt Niebüll – Klanxbüll 13 km,
- Abschnitt Morsum – Westerland 9 km,
- Abschnitt Hattstedt – Bredstedt 11 km.

Eine Elektrifizierung der Strecke würde die laufenden Kosten reduzieren und die Züge könnten schneller über Itzehoe nach Westerland fahren. Aufgrund der o. a. Zielsetzung hat das MWAVT das Vorhaben im März 2013 erneut für den Bundesverkehrswegeplan 2015 (BVWP) angemeldet. Die DB AG sieht diese Maßnahmen in Anbetracht gravierenderer Engpässe in anderen Regionen Deutschlands allerdings nicht als erforderlich an.

Bahnhöfe Marschbahn

Die Modernisierung der Bahnhöfe geht gut voran. Bereits seit längerer Zeit haben die Bahnhöfe Husum und Westerland und auch viele der kleineren Stationen einen guten Ausbaustandard (u. a. Barrierefreiheit). In den vergangenen Jahren sind umfangreiche Baumaßnahmen in Heide und Niebüll abgeschlossen worden. Durch den Einbau von Aufzügen wurde die Barrierefreiheit in Itzehoe erreicht. Im kommenden Jahr soll die barrierefreie Modernisierung der Bahnhöfe Lunden und Meldorf abgeschlossen werden. Die Baumaßnahmen erfolgen in der Regel mit erheblichen finanziellen Unterstützungen durch das Land.

⁴ Zitat Koalitionsvertrag: „Wir wollen die Elektrifizierung und den Ausbau auf kontinuierliche Zweigleisigkeit der Marschbahn nördlich von Itzehoe bis Sylt. Dabei wird die Landesregierung auch die Prüfung der Elektrifizierung des Gütergleises zum Industriegebiet Brunsbüttel prüfen.“

4.2.2 Gütergleis Brunsbüttel-Wilster

Obwohl die Strecke Wilster - Brunsbüttel für den Hafen Brunsbüttel von Bedeutung ist, ist auch sie noch nicht elektrifiziert. Nach Auffassung der DB Netz können mit der heutigen Ausstattung bereits die vorhandenen Schienenverkehre aus Brunsbüttel ausreichend dimensioniert abgefahren werden. Die DB AG wird deshalb von sich aus eine Elektrifizierung dieser Strecke nicht vorschlagen. Das MWAVT sieht das anders und hat das Vorhaben im März 2013 für den BVWP 2015 angemeldet.

4.3. Häfen

4.3.1 Hafen Helgoland

Die Insel Helgoland etabliert sich innerhalb der Deutschen Bucht zu einem hervorragenden Basisstützpunkt für den Service von Offshore-Windparks. Das Land hat 13 Millionen Euro Fördermittel bereitgestellt, um an der Südkaje des Vorhafens Liegeplätze für Versorgungsfahrzeuge sowohl für die Windparks als auch für die Inselbevölkerung herzustellen. Im Zuge der Arbeiten wurden auch das gesamte Südhafengebiet und der Vorhafen von Kampfmitteln geräumt. Die Fertigstellung der Anlage wird Mitte 2015 erfolgen. Es haben sich dort bereits mehrere Unternehmen angesiedelt und es wurden ca. 150 Arbeitsplätze geschaffen.

Zu den vorhandenen traditionellen Erwerbszweigen Tourismus und Forschung gewinnt die Insel hiermit ein vollständig neues offshore-orientiertes Gewerbe hinzu. Die Geografie der Insel ermöglicht diese zusätzliche und eher industriell geprägte Branche, ohne dass der hochwertige Tourismus eingeschränkt wird. Die Möglichkeit, zusätzlichen Hafenbetrieb und auch den Aufbau der Windparks vom Ausflugsschiff aus hautnah zu erleben, lenkt sogar neue und zusätzliche Besucherströme nach Helgoland.

Sollte sich auf Helgoland zeigen, dass weitere Anpassungen der Hafeninfrastruktur für die Aufrechterhaltung bzw. Steigerung der wirtschaftlichen, d. h. auch der touristischen Leistungsfähigkeit erforderlich sein sollten, wird die Landesregierung diese weiterhin begleiten.

4.3.2 Hafen Brunsbüttel

Derzeit wird der Bau eines Vielzweckpiers in Brunsbüttel in Trägerschaft der Stadt Brunsbüttel sowie der Kreise Steinburg und Dithmarschen geplant und das Potenzial hierfür gutachterlich untersucht. Auf Grund von Veränderungen im politischen Umfeld (Reduzierung der Offshore-Ausbauziele der Bundesregierung) hat die Landesregierung eine Potenzial-Studie zur Feststellung möglicher Bedarfe, Chancen und Risiken des Vorhabens in Auftrag gegeben. Als Ergebnis der Studie zeichnet sich ab, dass die Potenziale im Offshore-Bereich derzeit überschaubar sind. Um das Industriegebiet Brunsbüttel weiter zu entwickeln, ist der Vielzweckhafen eine Schlüsselinfrastruktur. Als Umschlaghafen für ein oder mehrere anzusiedelnde Unternehmen kann der Hafen wirtschaftlich betrieben werden.

Geplant ist, die erforderlichen Genehmigungsverfahren bis Ende des Jahres 2015 durchzuführen, so dass der Baubeginn für den Hafen in 2016, die Inbetriebnahme 2018 erfolgen könnte. Vorgesehen ist zunächst der Bau einer kleineren Hafenvariante mit einem Volumen von rd. 70 Millionen Euro mit rd. 400 m Kailänge für den Land-Schiff- sowie den Schiff-Schiff-Umschlag, versehen mit einer hinter dem Deich lie-

genden Ansiedlungsfläche. Zu einem späteren Zeitpunkt ließe sich der Hafen bedarfsgerecht erweitern.

4.3.3 Hafen Husum

Der Hafen Husum stellt für die lokale Wirtschaft eine wichtige Umschlagsstelle dar und hat für die Region Nordfriesland und darüber hinaus für Tønder/Tondern eine wichtige Versorgungsfunktion. Das MWAVT hat im Landeshafen Husum umfangreiche Sanierungs- und Baggerungsmaßnahmen in TBT⁵-belasteten Bereichen beauftragt und durchgeführt, um langfristig die Baggerkosten im Hafen Husum deutlich zu senken.

Das MWAVT hat zusammen mit dem MELUR neben den normalen Unterhaltungsmaßnahmen die Spundwänden den Kaianlagen im Hafen Husum umfangreich erneuert, um langfristig die Funktionsfähigkeit des Hafens zu erhalten. So wird die Tonnenhofkaje auf 220 Meter Länge und derzeit die Bauhofkaje auf 185 Meter Länge erneuert.

4.3.4 Hafen Büsum

Der Hafen Büsum hat erhebliche Bedeutung als Fischerei- und Passagierhafen. Er ist auch Umschlagshafen für Massengüter, Projekthafen und bietet Potenzial im Zusammenhang mit der Offshorebranche.

Das Land hat mit dem Neubau der 225 Meter langen Fischereikaje im Hafenbecken IV neue Kutterliegeplätze mit optimaler Landanbindung geschaffen. Für Offshorezwecke wurde der Vorhafen auf eine Wassertiefe von -5,50 Normalhöhennull (NHN) ausgebaggert, nachdem er über viele Jahre hinweg versandet und kaum nutzbar war.

4.3.5 Hafen Friedrichskoog

Der Hafen Friedrichskoog wird geschlossen werden. Grund dafür sind die hohen jährlichen Kosten für den Landeshaushalt. Die hydromorphologischen Gegebenheiten am in der Elbmündung liegenden Tidehafen führen zu einer starken Versandung. Die Gesamtunterhaltskosten des Hafens belaufen sich deshalb auf bis zu 850.000 Euro/Jahr. Dem gegenüber stehen die Einnahmen aus dem Hafenbetrieb von nur rund 75.000 Euro.

Der von der Gemeinde Friedrichskoog zuletzt Ende 2013 vorgelegte und überarbeitete Businessplan zu einer alternativen Finanzierung des Hafens durch Windkraftanlagen (WKA) wurde vom MWAVT, vom MELUR und der Investitionsbank geprüft. Wesentliches Ergebnis dieser Prüfung war, dass in dem neuen Businessplan nicht mehr 800.000 Euro, sondern nur noch 580.000 Euro als möglicher jährlicher Ertrag angesehen wurde, so dass damit dieser Finanzierungsweg nicht erfolgsversprechend ist.

Aufgrund von Befürchtungen hinsichtlich von Geruchsbelästigungen infolge des nicht mehr stattfindenden Salzwassereintrags nach dem Bau eines Schöpfwerkes fand im Juli 2014 in Friedrichskoog ein „Wassergespräch“ mit Experten aus dem Geschäftsbereich des MELUR statt, in dem das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume als wissenschaftliche Fachbehörde des Landes die zu erwartende Situation dargestellt hat. Teilweise konnten die Befürchtungen ausgeräumt werden.

⁵ Tributylzinn (TBT): Toxische Organozinnverbindung, die in Antifoulingfarben für Schiffsrümpfe Verwendung fand.

Die Landesregierung hat der Gemeinde Friedrichskoog im Rahmen bestehender Förderprogramme eine Kompensation in Aussicht gestellt, und zwar die Förderung von Maßnahmen, die den Hafen für den Tourismus attraktiver machen. Das soll auf der Grundlage des inzwischen vorliegenden und von der Gemeinde Friedrichskoog (siehe unten) beschlossenen Entwicklungskonzeptes geschehen.

Das von den Gutachtern erarbeitete Konzept vom September 2014 enthält diverse Maßnahmen zur Erhöhung der touristischen Attraktivität der Gemeinde, speziell des Hafengeländes.

Dieses Konzept wurde von der Gemeinde aber noch nicht vollständig beschlossen. Die Gutachter betrachten im Konzept zwei Szenarien (Offenhaltung und Schließung des Hafens). Die Gemeindevertretung hat im September beschlossen, nur die im Konzept beschriebenen Maßnahmen, die auch bei Offenhaltung des Hafens realisierbar sind, umzusetzen. Die Gemeinde hat ebenfalls beschlossen, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen die notwendigen Eigenanteile für die Maßnahmen bereitgestellt werden.

Weiter sind erhebliche Haushaltsmittel für die Umgestaltung des Hafenbereiches und notwendige Folgemaßnahmen in die Haushaltsplanungen der Jahre 2015 bis 2017 eingestellt.

4.3.6 Schiffsanbindung der Inseln und Halligen

Die Häfen in Dagebüll, Schlüttsiel, Wyk und Wittdün sowie auf Hooge, Nordstrand, Langeneß, Gröde und Pellworm sind wichtig für den Fährverkehr zu den Inseln und Halligen. Neben der Sicherstellung der Grundversorgung der Insel- und Halligbewohner dienen die Fährlinien zu den Inseln und Halligen dem Transport von Gästen mit und ohne Fahrzeug zu ihren Urlaubszielen auf den Inseln und Halligen. Der Fährhafen Dagebüll ist nach Puttgarden und Kiel der drittgrößte Passagierhafen Schleswig-Holsteins.

Die Versorgung der Insel Helgoland erfolgt weitgehend von Cuxhaven aus. Im Frühjahr 2015 wird die AG Ems/Reederei Cassen Eils im Helgolandverkehr ein neues modernes und umweltfreundliches Schiff (mit LNG-Antrieb) einsetzen.

5. Maritime Wirtschaft

5.1 Werften an der Westküste

Die maritime Wirtschaft in Schleswig-Holstein ist ein breit aufgestelltes Wachstumsfeld. Mit mehr als 1.400 Unternehmen, etwa 42.000 Beschäftigten und einem jährlichen Umsatz von rund 9,2 Milliarden Euro ist die maritime Wirtschaft ein zentrales Zugpferd der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Auch die Westküste ist geprägt von einer breit gefächerten maritimen Wirtschaft, die sich als innovatives Verbundcluster mit verschiedensten Handlungsschwerpunkten strukturiert. Von großer Bedeutung sind die Schiffbaustandorte in Wewelsfleth und Husum.

Die Peters Schiffbau GmbH ist eine mittelständische Werft an der Störmündung zur Elbe in Wewelsfleth. Das Unternehmen konzentriert sich seit mehreren Jahren vor allem auf Unikatfertigung im Megayachtbau sowie das Refit- und Reparaturgeschäft.

Peters Schiffbau hat 115 festangestellte Mitarbeiter und beschäftigt zusätzlich 15 Auszubildende. Abhängig von der Auftragslage befinden sich inklusive Zuliefern, Fremdfirmen und Mitarbeitern mit Werk- bzw. Zeitverträgen bis zu 700 Arbeiter auf der Werft.

Die Werft Husumer Dock und Reparatur GmbH & Co. KG mit rund 30 Beschäftigten betreibt ausschließlich das Reparaturgeschäft. Allerdings ist die Werft für die regionalen Reedereien (WDR, Adler-Schiffe u. ä.) als Wartungs- und Reparaturstandort weiterhin von großer Bedeutung.

5.2 Fischerei/Muschelfischerei

Die Fischerei an der Westküste hat eine lange Tradition und ist ein bedeutender Wirtschaftszweig. Die Gesellschaft für Maritime Aquakultur (GMA, s. a. [9.3.](#)) in Büsum unterstützt die Forschung im Bereich Fischerei.

Die Nutzung der Muscheln aus dem Gebiet des Nationalparks erfolgt auf der Grundlage eines sogenannten Muschelprogramms, welches federführend von der obersten Fischereibehörde erstellt wird. Oberstes Ziel dieses Programms soll die nachhaltige Nutzung der Ressourcen sein, die mit dem Schutzzweck des Nationalparks konform gehen soll. Mit den lizenznehmenden Betrieben wurden auf der Basis dieses Muschelprogramms öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen. Programm und Verträge laufen bis 2026.

Da seit einigen Jahren die Besatzmuschelfischerei, die für die Belegung der Muschelkulturflächen erforderlich ist, aufgrund abnehmender natürlicher Muschelbänke stark rückläufig ist, wird nach Alternativen gesucht, welche eine Fortführung der Muschelfischerei und damit einen Fortbestand dieses Wirtschaftszweiges ermöglichen. Insbesondere die Installation von sog. Saatmuschelgewinnungsanlagen erscheint hierbei als denkbarer Weg, um Besatzmuscheln zu gewinnen. In den erforderlichen Zulassungsverfahren muss die Verträglichkeit dieser Technik mit den Nationalparkzielen und den Erhaltungszielen der Natura2000-Gebiete geprüft werden.

Das Land, vertreten durch das MELUR, befindet sich derzeit in einem intensiven Austausch mit den Muschelfischern. Ziel ist es, die Muschelfischerei im Nationalpark langfristig ökologisch und ökonomisch nachhaltig auszurichten.

6. Industriepolitik

6.1 Industriegebiet Brunsbüttel

Die chemische Industrie zählt zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen im Land. Zusammen mit dem Bereich Mineralöl/Petrochemie belegt die Chemie nach Maschinenbau und Ernährungswirtschaft Platz drei in der Umsatzstatistik des verarbeitenden Gewerbes. Die Chemische Industrie hat ihren regionalen Schwerpunkt im Industriepark Brunsbüttel sowie im südlichen Holstein um Hamburg. Es besteht eine existentiell enge Bindung zwischen der in Hemmingstedt/Dithmarschen ansässigen Ölraffinerie und dem Ölfördergebiet Mittelplate.

Am 8. März 2005 wurde der Verein ChemCoast e. V. gegründet. Über die Landesgrenzen hinaus haben sich Wirtschaft und Politik in der ChemCoast-Initiative verbunden, um den Chemie-Standort Norddeutschland (neben Brunsbüttel noch Stade, Wil-

helmshaven, Walsrode und Seelze) zu stärken.

Der ChemCoastPark Brunsbüttel ist das größte zusammenhängende Industriegebiet des Landes. Hier arbeiten rd. 4000 Menschen in der chemischen Industrie. Über eine Ethylen-Pipeline ist der Park an die großen europäischen Pipeline-Verbünde angebunden. Das Land Schleswig-Holstein ist über den ChemCoastPark Brunsbüttel Mitglied im ECRN (European Chemical Regions Netzwerk), das seinen Sitz in Brüssel hat.

Eine Vielzahl von kleinen und mittleren Betrieben profitiert von der Auftragsvergabe der chemischen Industrie: Anlagenbauer, Spediteure, Schlossereien, Elektrowerkstätten, Reinigungsfirmen und Abfallentsorgungsbetriebe siedeln sich im Umfeld der Großunternehmen an und übernehmen Serviceleistungen, die nicht zum Kerngeschäft der Industriebetriebe gehören.

Der wichtigste Rohstoffversorger für die Chemieunternehmen in Brunsbüttel ist die Raffinerie Heide in Hemmingstedt, die aus dem Mittelplate-Öl die Grundsubstanzen für die Produktion von z. B. Düngemittel, Farben, Kunststoffe usw. liefert. Dort arbeiten 500 Mitarbeiter und 40 Auszubildende.

6.2 Gasnetzentwicklungsinitiative Brunsbüttel

Mit Gründung der Gasnetzentwicklungsinitiative in Brunsbüttel unter Leitung des MELUR wurden die Netzentwicklungspläne bewertet und Kapazitätsbetrachtungen durchgeführt.

Ein erstes Ergebnis ist, dass die Netzbetreiber Gasunie und SH Netz AG gemeinsam die kurzfristigen/mittelfristigen (ab 2016 bis 2020) Möglichkeiten von Netzoptimierungsmaßnahmen prüfen. Zur Ermittlung der technischen Kapazitäten gehörte auch, Angebote frei zuordenbarer Kapazitäten einzuholen.

Insbesondere für die Fa. Yara, die bereits seit 2009 einen erheblichen Teil ihres Energiebedarfs auf Erdgas umgestellt und damit auch einen erheblichen Anteil an dem Anstieg des Transportbedarfs in den Raum Brunsbüttel ausgelöst hat, ist die ganzjährige - Nutzung eines leistungsfähigen, verlässlichen und unterbrechungsfreien Gastransportsystems des Verteilnetzbetreibers SH Netz AG unerlässlich. Mit den aktuellen Lastflusszusagen zunächst für den Winter 2014/2015 ist eine bedarfsgerechte Transportkapazität für den Raum Brunsbüttel möglich. Zukünftig soll auch eine Produktion in Brunsbüttel unterbrechungsfrei erfolgen können.

6.3 Regionalmanagement Industrieenergie Dithmarschen/Steinburg

Mit dem Ziel der Steigerung der Energieeffizienz, der Nutzung von Ersatzbrennstoffen, der Nutzung erneuerbarer Energieträger sowie Erdgas für die Industrie und dem dazugehörigen Projektmanagement und Monitoring wird seit Oktober 2013 das Regionalmanagement Industrieenergie Dithmarschen/Steinburg in Trägerschaft der Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel mbH (EGEB) gefördert. Das Land beteiligt sich mit rund 140.000 Euro am Regionalmanagement (50 %).

Im Raum Brunsbüttel sind Unternehmen mit einem hohen Energiebedarf tätig. Optimierungen sowohl bei der Bereitstellung von Energieträgern (Ersatzbrennstoffe, Erd-

gas, erneuerbare Energien) aber auch beim Energieverbrauch (Einsparung von Energie) sollen erreicht werden. Darüber hinaus ist die Bereitstellung von zusätzlichen Energieträgern für die Standortsicherung der vorhandenen Unternehmen im Raum Brunsbüttel von großer Bedeutung. Dabei werden auch Unternehmen im Umfeld von Brunsbüttel einbezogen.

6.4 Länderübergreifendes Regionalmanagement für den Wirtschaftsraum Unterelbe

Im März 2014 startete ein länderübergreifendes Regionalmanagement für den Wirtschaftsraum Unterelbe als ein Leitprojekt der Metropolregion Hamburg (MRH). Durch die Einrichtung eines trilateralen länderübergreifenden Regionalmanagements mit drei Projektbüros an den Standorten Brunsbüttel, Hamburg und Stade sollen die Entwicklungspotenziale genutzt werden, die sich aus einer besseren Vernetzung der Unternehmen und regionalen Akteure der Industrie- und Energieregion Unterelbe ergeben.

Im Projekt werden kreis- und länderübergreifend institutionelle Grenzen überwunden. Darüber hinaus wird die Kooperation zwischen den Wirtschaftsförderungsakteuren der Metropolregion durch die enge projektbezogene Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderungsgesellschaften, der Kammern und der Länder in den Bereichen Chemie, produzierendes Gewerbe und Energie gestärkt. Das Projekt wird aus Mitteln der Förderfonds der Metropolregion Hamburg mit einer Förderquote von 70 % gefördert, 30 % der Förderung erbringt die Wirtschaft.

7. Energie

Das MELUR veröffentlicht im Energiewendeportal aktuelle Winddaten in Schleswig-Holstein. Hieraus sind alle Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein, ihre regionale Verteilung auf die Kreise und die Höhe der installierten Leistung ersichtlich. Die Kreise Nordfriesland und Dithmarschen stehen für fast die Hälfte der installierten Leistung aus EEG-vergüteten Anlagen, sie haben dabei den höchsten Anteil an der Windenergieerzeugung in Schleswig-Holstein.

7.1 Stromtrasse - Westküstenleitung

Die Westküstenleitung führt über vier Abschnitte von Brunsbüttel nach Niebüll. Ein fünfter Abschnitt wird die Leitung nach Dänemark fortsetzen. Für die ersten vier Abschnitte ist zwischen dem Land und TenneT ein konkreter Fahrplan vereinbart:

Abschnitt	Einreichung Unterlagen - Antrag auf Planfeststellung (TenneT)	Entscheidung über Antrag auf Planfeststellung	Baubeginn – Inbetriebnahme (TenneT)	IBN lt. NEP 2013
1. Brunsbüttel – Süderdonn	Q1 2013	Q1 2015	2015	2015
2. Süderdonn – Heide	Q1 2014	Q4 2015	2016-2017	2016
3. Heide-Husum	Q3 2014	Q3 2016	2016 -2018	2018
4. Husum – Niebüll	Q1 2015	Q1 2017	2017-2018	2019

7.1.1 Abschnitt Brunsbüttel - Süderdonn (Barlt)

Für die ersten beiden Abschnitte der Westküstenleitung von Brunsbüttel nach Süderdonn und von dort weiter nach Heide (siehe unten) fand der Scopingtermin im April 2012 statt. Die Planfeststellungsunterlagen wurden Ende März 2013 beim Amt für

Planfeststellung und Energie eingereicht. Ab Oktober 2013 erfolgte die öffentliche Auslegung, die Einwendungsfrist endete am 4. Dezember 2013. Der Erörterungstermin ist im Frühjahr 2014 durchgeführt worden. Der Planfeststellungsbeschluss soll im ersten Quartal 2015 erfolgen.

Im Vorfeld der Erstellung der Unterlagen haben zahlreiche Gespräche mit Gemeinden, Industrieanliegern und Planungsträgern stattgefunden. So wurden die betroffenen Grundstückseigentümer im Februar 2013 im Rahmen eines ‚Infomarktes‘ über den aktuellen Planungsstand informiert. Des Weiteren gab es Anfang September 2013 Informationsveranstaltungen für die kommunalen Mandatsträger in den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen und parallel zur öffentlichen Auslegung fanden im Oktober 2013 weitere Infomärkte statt. Mit den Firmen Bayer, Total Bitumen GmbH und Yara wurden Einzelgespräche und am 10. September 2013 ein „Trassengespräch“ aller Industrieanlieger einschließlich Behörden geführt.

Schließlich wurde am 7. November 2013 die Trassenplanung durch TenneT und E.ON Netz in der gemeinsamen Sitzung des Agrar- und Umweltausschusses und des Wirtschafts- und Planungsausschusses des Kreistages des Kreises Dithmarschen vorgestellt.

Im Bereich des Industriegebietes Brunsbüttel wird TenneT in einem Pilotprojekt den Einsatz von Vollwandmasten nach dem Vorbild des niederländischen „Wintrack-Konzepts“ testen, um der räumlichen Situation Rechnung zu tragen.

7.1.2 Abschnitt Süderdonn (Barlt) – Heide

Im zweiten Abschnitt wurde im August 2013 ein erster Trassierungsentwurf aufgestellt. Seit Oktober 2013 finden Gespräche mit Betroffenen vor Ort statt. Am 14. November 2013 fand ein Infomarkt für Abschnitt 2 in Meldorf statt. Die Planfeststellungsunterlagen wurden im Februar 2014 beim AfPE zur Vollständigkeits- und Plausibilitätsprüfung eingereicht. Das Planfeststellungsverfahren wird voraussichtlich im Dezember 2014 beginnen.

7.1.3 Abschnitte Heide-Husum und Husum-Niebüll

Für die beiden Abschnitte Heide-Husum und Husum-Niebüll fand der Scopingtermin⁶ im Februar 2013 statt. Im Rahmen des Dialogprozesses ist es TenneT gelungen, schon früh belastbare Aussagen über die vorläufige Auswahl eines vorzugswürdigen Korridors jeweils für die Abschnitte 3 und 4 zu machen. Nach derzeitigem Stand sind die Varianten 3.3 b/(A/B) auf dem Abschnitt Heide-Husum und 4.1. auf dem Abschnitt Husum – Niebüll vorzugswürdig (siehe Karte Anlage 2), da sie in der Gesamtbewertung der Schutzgüter am besten abschneiden. Die Auswahl der Korridore erfolgte in einem fachbezogenen Variantenvergleich auf Basis der Erkenntnisse des vorgezogenen Dialogprozesses mit Kommunalveranstaltungen und Fachdialogen.

Die Planfeststellungsunterlagen für den Abschnitt von Heide bis Husum sind Ende

⁶ Scoping ist die Definition von Aufgaben- oder Untersuchungsumfängen in komplexen Planungsprozessen. Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden frühzeitig aufgefordert, sich auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung zu äußern. Hierbei wird zusammen getragen, was nach gegenwärtigem Wissensstand und Datenlage der Behörden sowie allgemein anerkannten Prüfmethoden in angemessener Weise von der konkreten Umweltprüfung verlangt werden kann.

September 2014 eingereicht worden. Im Jahr 2015 sollen dann die Planfeststellungsunterlagen für den letzten Abschnitt bis Niebüll folgen. In diesem Rahmen finden derzeit (Januar/Februar 2014) „Planungsdialoge“ (Runde Tische - Bürgermeistergespräche) mit den betroffenen Gemeinden statt; hier können Planalternativen bzw. –optimierungen geäußert und eingebracht werden. Am 7. Februar 2014 hat die TenneT mit der von der Planung betroffenen Gemeinde Koldenbüttel eine Planungsvereinbarung über den Trassenverlauf abgeschlossen.

Für die besondere planerische Herausforderung – die Querung der Eiderniederung – wurden fachlich fundierte Vorschläge in das Dialogverfahren eingebracht und konnten bereits planerisch aufgegriffen werden: Um das Kollisionsrisiko für Vögel zu reduzieren, sind für die gesamte 380-kV-Westküstenleitung durchgängig Vogelschutzmarker vorgesehen. Ebenfalls wird im Rahmen des Planungsverfahrens geprüft werden, ob durch eine Teilerdverkabelung einer bestehenden 110 kV-Leitung in der Nähe der zu errichtenden 380 kV-Leitung das Kollisionsrisiko kompensiert und der Landschaftseingriff unter dem Strich gemindert werden können. Um eine belastbare bauliche Aussage zu erhalten, werden Baugrunduntersuchungen durch ein Ingenieurbüro durchgeführt. Die Genehmigungen (Betretungs- und Wasserrechte) dafür liegen vor.

7.1.4 Abschnitt Niebüll-Dänemark

Für den grenzüberschreitenden Abschnitt von Niebüll nach Dänemark läuft derzeit eine gemeinsame Realisierbarkeitsstudie zwischen TenneT und dem dänischen Netzbetreiber Energinet.DK. Es wurde eine Arbeitsgruppe zum Interkonnektor gebildet, die seit dem 20. September 2013 regelmäßig tagt.

7.1.5 Umspannwerke

Im Zusammenhang mit der Westküstenleitung sind auch verschiedene Umspannwerke (UW) neu zu errichten:

- Ersatzneubau UW Brunsbüttel

Das Projekt wurde von TenneT am 16.4.2013 beim Bauausschuss in Brunsbüttel vorgestellt. Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung wurde seitens des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) am 30.05.2013 erteilt und die Errichtung im Mai 2013 begonnen. Die weiteren Umspannwerke Süderdonn, Heide-West, Husum-Nord und Niebüll-Ost nehmen die Einspeisung aus den 110kV-Stichleitungen aus der Fläche auf, um diese über die Westküstenleitung abtransportieren zu können.

- Neubau UW Süderdonn (ehemals Barlt)

Für den Neubau des UW wurde der „vorzeitige Baubeginn“ nach § 8a BImSchG durch TenneT beantragt und am 19.02.2014 durch das LLUR zugelassen. Die Erteilung der BImSchG-Genehmigung ist darüber hinaus zeitnah zu erwarten. Das Umspannwerk soll 2015 in Betrieb genommen werden. Um die Voraussetzungen für den planmäßigen Baustart zu schaffen, beginnen bereits Ende Februar 2014 die Baumaßnahmen für die Herstellung der Anlagenzuegung in Sankt Michaelisdonn im Bereich des Engenweges im Rahmen des vorzeitigen Baubeginns. Die Flächennutzungsplan-Änderung für das „UW Süderdonn“ ist vom Innenministerium gem. § 6 BauGB am 22.01.14 genehmigt worden.

- Neubau UW Heide West

Das Amt Heider-Umland hat Tennet Vorschläge für einen UW-Standort unterbreitet. Die Kaufverhandlungen zwischen den Grundstückseigentümern und der Tennet sind weitgehend abgeschlossen. Das UW soll 2017 in Betrieb gehen.

- Neubau UW Husum Nord

Die Gemeinde Horstedt hat Tennet ein Grundstück vorgeschlagen. Die Grundstücksverhandlungen sind abgeschlossen und das Grundstück wurde seitens TenneT vertraglich gesichert. Das UW soll ab 2018 betrieben werden.

- Neubau UW Niebüll Ost

Zum UW Niebüll Ost laufen derzeit Gespräche zur Grundstückssicherung. Die Grundstücksverhandlungen werden seitens der Landesgesellschaft Schleswig-Holstein durchgeführt. Die geplante Inbetriebnahme ist für 2018 vorgesehen.

7.1.6 Stromleitungen im Wattenmeer

Um die Eingriffe in den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer weitest möglich zu minimieren, sind für die Offshore-Windparks unter Berücksichtigung der in Schleswig-Holstein bestehenden Netzeinspeisemöglichkeiten und der genehmigten Stromleitungen die hierfür erforderlichen Kabelsysteme in einem Trassenkorridor nach Büsum übergreifend zu bündeln. Die Offshore-Windparks der Cluster 4 und 5 aus dem Bundesfachplan Offshore befinden sich nördlich der Insel Helgoland und westlich der Insel Sylt in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ). Drei der vorgesehenen vier Kabelsysteme sind bereits auf dieser sog. Büsum-Trasse in den letzten Jahren verlegt worden.

In 2014 ist auf dieser Trasse zudem der deutsch-norwegische Interkonnektor Nord-Link, der dem Austausch regenerativer Energien (Wind, Wasserkraft) dienen soll, genehmigt worden. Hiermit werden sowohl ein wichtiger Baustein in der dauerhaften Versorgung mit regenerativer Energie als auch die Klimaschutzvorgaben des Bundes umgesetzt. Naturschutz und Sicherheitsbelange sind mit den Zielen des Klimaschutzes abzuwägen.

7.2 Schaufenster Intelligente Energie/Wind

Die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg flankieren sehr intensiv die gemeinsame Bewerbung für das Projekt „Schaufenster Intelligente Energie-Wind“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ausgeschrieben.

Der Aufruf zur Skizzeneinreichung wird für Anfang 2015 erwartet. Nach Einreichung der Antragsskizze im Frühjahr 2015 erfolgen ein Auswahlverfahren und die Aufforderung zur Antragseinreichung. Für das Schaufenster Wind stehen bis zu 40 Millionen Euro an Fördermitteln des Bundes zur Verfügung. Erwartet werden Komplementär mittel in gleicher Höhe, die von den beteiligten Unternehmen zu erbringen sind.

Wissenschaftliche und konzeptionelle Federführer für das Projekt sind:

- das Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie (ISIT) in Itzehoe und
- die Hamburger Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) mit dem Competence Center für Erneuerbare Energien (CC4E).

Erprobt werden soll, ob es in einer Modellregion (=Schaufenster) möglich ist, im Falle eines 100%igen Stromangebots aus Erneuerbaren Energien die Versorgungs- und

Systemsicherheit zu gewährleisten. Damit spielen innovative Erzeugungs-, Speicher- und Lastmanagements eine wichtige Rolle.

Die konzeptionellen Überlegungen zum Projekt laufen derzeit auf Hochtouren. Mittlerweile konnte ein Konsortium aus etwa 25 namhaften Unternehmen aus Hamburg und Schleswig-Holstein als Projektpartner gewonnen werden. In der Lenkungsgruppe (Steering-Committee) sind die Führungsebenen der Unternehmen persönlich vertreten, ebenso wie die Wirtschafts- und Umweltressorts aus Hamburg und Schleswig-Holstein.

Mit der Projektsteuerung und der Entwicklung des sehr komplexen Förderantrages hat das Steering-Committee die Firma Ernst & Young GmbH beauftragt. Die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein beteiligen sich an den Projektvorbereitungskosten.

Mit dem Projekt „Schaufenster“ sind große Chancen für die Entwicklung und wirtschaftliche Nutzung der Erneuerbaren Energien in Norddeutschland verbunden. Es vertieft die Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Zudem bietet es den beteiligten Unternehmen die Möglichkeit, sich auf diesem Feld sichtbar zu profilieren.

Die Modellregion für das Projekt „Schaufenster“ bezieht die gesamte Westküste Schleswig-Holsteins ein (Kreise Dithmarschen/Nordfriesland, sowie Steinburg und Pinneberg). Damit hat die Westküstenregion die große Chance, ihre Leistungsfähigkeit und Kompetenzen auf dem Feld der Erneuerbaren Energien (mit dem Schwerpunkt Windenergie) unter Beweis zu stellen. Die Verknüpfung zu Wissenschaft und Forschung bei der Realisierung des Großversuchs bringt zusätzliche Chancen. Es werden eine Reihe bedeutender Unternehmen mit Sitz in Schleswig-Holstein mitwirken.

8. Tourismus

Die Tourismusbranche hat an der Westküste traditionell einen sehr hohen Stellenwert. Vor allem an der nordfriesischen Nordseeküste und auf den Inseln Föhr, Amrum und Sylt, aber auch in Teilen Dithmarschens (Büsum, etc.) kommt dem Tourismus als herausragendem regionalen Wirtschaftszweig eine besondere Bedeutung zu. An der Nordsee beträgt die Tourismusintensität (Übernachtungen pro Einwohner) 81. Im Vergleich dazu beträgt die Tourismusintensität in Deutschland 5 und im gesamten Schleswig-Holstein 9.

Mit über 670.000 Besuchern in der herkömmlichen Hotellerie (19 % von Gesamt-SH) und mehr als 2.400.000 Übernachtungen (30 % von Gesamt-SH) spielt die Region Westküste eine herausragende Rolle. Die Dauer der Aufenthalte der Gäste beträgt hier 3,7 Tagen (Landesdurchschnitt 2,4 Tage). Im Jahr 2013 stieg die Zahl der Übernachtungen in der klassischen Hotellerie um 3,5 %.

Dennoch besteht in weiten Teilen der Branche ein „Investitionsstau“ und eine hohe Saisonabhängigkeit. Insbesondere die vom Land unterstützten Investitionen in Ganzjahresangebote wie Hotels verringern die Saisonalität und gewährleisten die saisonunabhängige Beschäftigung in derartigen Betrieben. Gerade in den Randzeiten außerhalb der Hauptsaison ist die Erhöhung der Gästezahlen erklärtes Ziel der Landesregierung.

In den Jahren 2008 – 2013 wurden im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft (ZPW) touristische Infrastrukturprojekte an der Westküste mit einem Fördervolumen von rund 16 Millionen Euro finanziert (Gesamtinvestitionsvolumen: rund 27 Millionen Euro).

Hinzu kommen Förderungen in Hotels und andere betriebliche Förderungen. Allein 2013 wurden fünf Hotelprojekte an der Westküste gefördert. Insgesamt wurden Zuschüsse in Höhe von über einer Million Euro ausgezahlt, die Investitionen in Höhe von fast neun Millionen Euro ausgelöst haben. Durch diese Vorhaben wurden 25 neue Dauerarbeitsplätze geschaffen und 36 gesichert.

Die bewilligte Gesamtfördersumme im Bereich Tourismus im ZPW beläuft sich auf ca. 65 Millionen Euro. Auf die Westküste entfielen etwa 17 % der Gesamtfördersumme. Dabei wurden alle beantragten Projekte der Westküste auch bewilligt.

Die Gründung der Lokalen Tourismusorganisationen „Dithmarschen“, „Nordfriesland“ und „Eiderstedt“ wurde mit insgesamt rund 77.000 Euro aus dem ZPW gefördert.

Ein prägendes Alleinstellungsmerkmal im Tourismus im Kreis Nordfriesland ist die dortige sprachliche Vielfalt. Hier spielt insbesondere die Sichtbarkeit der friesischen Sprache eine besondere Rolle. Daher sind öffentliche Einrichtungen des Landes in Nordfriesland zweisprachig deutsch-friesisch beschildert und die Landesregierung hat Richtlinien für die zusätzliche friesischsprachige Beschilderung von Fahrradwegen erarbeitet, die mit entsprechenden Fördermitteln innerhalb der bestehenden Programme gefördert werden kann. Weiter sind in der Ausschreibung für SPNV-Leistungen für das Netz-West auch die Nennung der nordfriesischen Stationsnamen in friesischer Sprache als Kriterium aufgenommen worden. Das Land strebt an, wie es im Friesisch-Gesetz auch vorgeschrieben ist, weitere öffentliche Gebäude sowie topografische Bezeichnungen im Kreis Nordfriesland und auf der Insel Helgoland ebenfalls zweisprachig in deutscher und friesischer Sprache ausgeführt werden, damit dieser Teil der sprachlichen Vielfalt u.a. auch für den Gast erlebbar wird

Für die Westküstenregion ergeben sich insbesondere Potenziale im Gesundheitstourismusbereich. Die Nordsee-Tourismus-Service GmbH (NTS) führt eine aus Eigenmitteln finanzierte Initiative zum Gesundheitstourismus an der Nordsee durch. Dabei geht es neben den klassischen Angeboten der Kliniken um gesundheitsbewusste Selbstzahler, die im Urlaub gesundheitstouristische Angebote nachfragen. Eine interne Datenbank der bestehenden gesundheitstouristischen Kompetenz an der Nordsee wurde erstellt. Auf Basis der Ergebnisse werden nun Strategien entwickelt und Maßnahmen umgesetzt.

Beispielsweise wurde das Projekt „Empowerment als Innovationsstrategie zur Stärkung des Gesundheitstourismus an der nordsee* Schleswig-Holstein“ der NTS mit 60.000 Euro gefördert. Zwecksetzung ist die Stärkung und Entwicklung der Säule Empowerment als integraler Bestandteil des Gesundheitstourismus in Schleswig-Holstein, die Stärkung der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit der Destination nordsee* Schleswig-Holstein sowie die Entwicklung von gesundheitstouristischen Angeboten. Das Projekt soll auf andere Destinationen in Schleswig-Holstein übertragen werden.

In der kommenden Förderperiode sollen bei der touristischen Förderung Schwerpunkte gesetzt werden, und zwar bei der Unterstützung nachhaltiger Projekte, der Energieeinsparung, z. B. bei öffentlichen Gebäuden mit hohem Energiebedarf (touristische Erlebnisbäder), der Bewahrung des Kultur- und Naturerbes sowie der Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (Bau und Modernisierung von Beherbergungsbetrieben).

8.1 Nationalpark Wattenmeer

Die Westküste ist mit dem Nationalpark Wattenmeer und der Auszeichnung als Weltenerbe gut aufgestellt: Der gesetzliche Schutz garantiert den Erhalt intakter Natur und ermöglicht echte Naturerlebnisse. Die Marke Weltenerbe Wattenmeer ist weltweit bekannt und gilt als Alleinstellungsmerkmal. Mit der in 2014 vorgelegten Strategie für nachhaltigen Tourismus haben Vertreterinnen aus Naturschutz und Tourismus der drei Wattenmeer-Anrainerstaaten Dänemark, Deutschland und Niederlande einen konsistenten Rahmen erarbeitet, der durch einen Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen ergänzt wird. Fördermittel des Bundes und der EU haben Entwicklung und erste Umsetzungsmaßnahmen unterstützt. In der nun folgenden Phase soll die in den letzten Jahren aufgebaute und erfolgreiche Kooperation zwischen Vertretern des Nationalparks und Tourismusakteuren zur Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus an der Nordsee Schleswig-Holsteins positiv weitergeführt werden.

Ein wichtiger Baustein hierbei ist die 2003 begründete Nationalpark-Partnerschaft. Sie ist mit 14 Kategorien inzwischen in der gesamten Region etabliert. Rund 90 nachhaltig wirtschaftende touristische Betriebe und Infostellen, Gemeinden, Naturschutzverbände sowie rund 50 Nationalpark-Watt- und Gästeführer erfüllen besondere Umweltschutz- und Qualitätskriterien und sind kompetente Botschafter der Nationalpark-Idee.

Bereits jetzt generieren Nationalpark-Touristen im engeren Sinn (17,1 %) eine Wertschöpfung (Einkommen) von 89 Millionen Euro im Jahr an der Westküste⁷. Das entspricht rechnerisch einem Äquivalent von mehr als 4.700 Vollzeitstellen. Im Rahmen des Leitprojekts Nachhaltigkeit der Tourismusstrategie 2025 kann und soll dieses Segment weiter gestärkt werden.

9. Forschung und Hochschule

Eine Strukturschwäche der Westküste ist die unterdurchschnittliche Präsenz der Bereiche Forschung und Entwicklung. Jedoch gibt es auch an der Westküste wichtige und renommierte Hochschul-Forschungsstandorte Schleswig-Holsteins, wie z. B. die Fachhochschule Westküste in Heide, das Institut für Siliziumtechnologie (ISiT) in Itzehoe sowie das Alfred-Wegener-Institut (AWI) mit seinen Standorten auf Helgoland und Sylt.

9.1 Fachhochschule (FH) Westküste, Heide

Die FH Westküste ist in besonderer Weise den wechselseitigen Austauschprozessen mit der Wirtschaft verpflichtet, vor allem mit der Region Unterelbe-Westküste. Für diese Region nimmt die FH Westküste eine wichtige infrastrukturelle Funktion ein. Die

⁷ Die Studie „Regional-ökonomische Effekte des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer“ (Prof. Hubert Job et al. 2013) hat die Bedeutung des Nationalpark-Tourismus für die regionale Wirtschaft herausgearbeitet.

nicht alltäglichen Studienfelder „International Tourismus Management“, „Wirtschaft und Recht“, „Wirtschaftspsychologie“, „Management und Technik“ und „Mikroelektronische Systeme (in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg) haben die FH weithin bekannt gemacht. Sie hat Studierende aus ganz Deutschland. Betriebswirtschaft mit den Schwerpunkten Bankwesen, Steuern und Industrie, Elektrotechnik/Informationstechnik und umweltgerechte Gebäudesystemtechnik runden das Angebot ab. Neu ist der Masterstudiengang Green Energy, der wirtschaftliche, rechtliche und technische Aspekte des übergeordneten Themas „erneuerbare Energien“ vereint und eine Spezialisierung der erneuerbaren Energien darstellt. Die Studierendenzahl ist von 2010 bis 2013 um 24 % gewachsen (2013: 1.440).

Gleichzeitig ist die FH Westküste ein wichtiges Element für den Forschungs- und Wissenstransfer vor allem für die schleswig-holsteinische Westküste, wo viele Unternehmen die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule schätzen. Schwerpunkte in der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit setzt die Hochschule vor allem in den Bereichen Tourismus- und Marktforschung, Regionalentwicklung, Personal- und Sozialforschung, Industrielle Bildverarbeitung, Simulation und Modellbildung, Elektronische Systeme, Verfahrensautomation und Smart Grids.

Ziel ist es, mit Hilfe der Wirtschaftsförderung im Bereich Innovation und Technologietransfer von der FH Westküste, aber auch anderen Hochschulen im Land, zu den Unternehmen an der Westküste noch weiter auszubauen und zu verstärken.

9.2 Fraunhofer Institut für Siliziumtechnologie ISiT, Itzehoe

Das Fraunhofer Institut ISiT entwickelt und fertigt Bauelemente der Mikroelektronik und der Mikrosystemtechnik, vom Entwurf einschließlich der Systemsimulation angefangen, über die Erstellung von Prototypen, Bemusterung bis hin zur Serienherstellung. Die miniaturisierten Bauelemente sind zukunftsweisend und finden Anwendungen in der Medizin, in der Umwelt- und Verkehrstechnik, in der Kommunikationstechnik, im Automobil- und im Maschinenbau.

Der Standort Itzehoe wurde in den letzten Jahren deutlich erweitert, unterstützt mit rund 27,5 Millionen Euro aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft des Landes (ZPW). Darüber hinaus betreibt das ISiT das Innovationscluster Leistungselektronik, das aus dem ZPW mit einer Million Euro gefördert wird. Im Rahmen dieses Innovationsclusters arbeitet das ISiT mit den wichtigsten anderen Akteuren im Bereich Leistungselektronik in definierten Projekten zusammen.

9.3 Gesellschaft für Marine Aquakultur (GMA), Büsum

Die GMA mbH ist im November 2004 mit dem Ziel gegründet worden, eine Forschungs- und Entwicklungsanlage für die Aquakultur am Standort Büsum zu errichten und zu betreiben. Die GMA unterstützt eigene und externe Projekte der angewandten Forschung und Entwicklung in der Fischzucht. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Wissens- und Technologietransfer zur Zucht und Haltung von aquatischen Organismen. Gesellschafter der GMA mbH sind die egeb: Wirtschaftsförderung in Brunsbüttel, das Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung GEOMAR, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU).

Der gemeinsame Neubau mit dem Gründer- und Technologiezentrum mariCUBE ist

im Juni 2009 eingeweiht worden und wurde vom Land aus dem ZPW maßgeblich unterstützt. Seit Sommer 2009 ist die Aquakulturreislaufanlage der GMA in Betrieb. Die GMA ist trotz der Kürze ihrer operativen Tätigkeit sehr erfolgreich bei der Einwerbung von Aufträgen aus der Wirtschaft und öffentlich geförderten Projekten.

In der GMA wird in Kreislaufanlagen im Bereich der Marinen Aquakultur (Marikultur) geforscht, insbesondere mit Blick auf die Fischernahrung. Die GMA ist eines der vom Das Ministerium für Arbeit, Wirtschaft, Verkehr und Technologie federführend initiierten und aus ZPW geförderten Kompetenzzentren.

Seit 2012 agiert die GMA als Koordinierungsstelle Aquakultur. Ziel ist es, bereits existierende kleinere Netzwerke zusammenzuführen und zu bündeln, gleichsinnig auszurichten und auf die Bundes- und EU-Ebene auszuweiten, um die Kompetenzen verschiedener Institutionen, Organisationen, Unternehmen und Personen mit dem Ziel einer verstärkten Wertschöpfung in Schleswig-Holstein zu bündeln.

9.4 Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI), Helgoland und Sylt

Das AWI wurde 1980 als Stiftung öffentlichen Rechts gegründet. Organisatorisch ist das AWI der Helmholtz-Gemeinschaft zugeordnet und wird nach dem 90:10-Modell zu 90 % vom Bund und zu 10 % von den Ländern getragen.

Als Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung erforscht das AWI Zusammenhänge des weltweiten Klimas und der speziellen Ökosysteme im Meer und an Land, besitzt damit auch eine erhebliche inhaltliche Nähe zum Kieler Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung GEOMAR. Schwerpunkte der Forschung sind Arktis und Antarktis.

Hauptsitz des AWI ist Bremerhaven mit mehr als 900 Mitarbeitern, Außenstellen befinden sich in Potsdam und Schleswig-Holstein. Die schleswig-holsteinischen Außenstellen sind die Biologische Anstalt Helgoland (BAH) und die Wattenmeerstation in List auf Sylt. Die BAH betreibt meeresbiologische Forschung, um die ökologischen Wechselbeziehungen zwischen den Arten besser zu verstehen und ein Gesamtbild vom komplexen Ökosystem in Flachmeeren zu gewinnen. Die Wattenmeerstation Sylt betreibt Küstenforschung (Bio- und Geowissenschaften). Für das ausgeprägte Küstenland Schleswig-Holstein hat das AWI als weltweit anerkanntes Zentrum der Polar- und Meeresforschung eine hohe Bedeutung.

10. Weitere Infrastrukturen und Daseinsfürsorge

Neben der Verkehrsinfrastruktur haben auch Infrastrukturen der Daseinsfürsorge, des Wohnens und mit stark zunehmender Wichtigkeit der Kommunikation große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region.

10.1 Breitbandausbau

Eine flächendeckende, nachhaltige Breitbandinfrastruktur, die dem Bedarf nach immer mehr Bandbreite Rechnung trägt und die ohne hohe Zusatzinvestitionen entwicklungsfähig ist, stellt einen wesentlichen Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität dar. Dies gilt allgemein für Schleswig-Holstein, aber insbesondere auch für die Westküste. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung am 12. März 2013 eine Breitbandstrategie 2030 beschlossen.

In Schleswig-Holstein insgesamt ist für 68,3 % der Haushalte ein Breitband von 50 Mbit/s verfügbar. Dies ist unter den Flächenländern Platz 3. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 64,1 %. Im Bereich der Westküste liegt der Versorgungsgrad der Haushalte mit einer Bandbreite von 50 Mbit/s (und mehr dar) allerdings unter 50 %.

Ein wirtschaftlich tragfähiger Ausbau der Breitbandnetze wird vor allem im ländlichen Raum durch die Tiefbaukosten erschwert, die bis zu 80 % der Gesamtkosten des Breitbandausbaus ausmachen. Der Gesamtaufwand für einen flächendeckenden Ausbau von Glasfasernetzen in Schleswig-Holstein wird von Experten mit 4,5 bis 6 Milliarden Euro beziffert.

Vorrangig ist es Aufgabe der privaten Anbieter im Bereich der Telekommunikationsbranche, den Breitbandausbau voranzutreiben und zu finanzieren. Da dies zum Teil mit Hindernissen verbunden ist, schaltet sich das Land im Rahmen seiner Möglichkeiten sowie unter Berücksichtigung der Wettbewerbsneutralität ein. Die in der Breitbandstrategie genannten Maßnahmen zielen dabei darauf ab, die Aktivitäten der am Breitbandausbau beteiligten Akteure so optimal wie möglich zu flankieren.

Auch die Kommunen selbst widmen sich zunehmend des Themas Breitbandausbau, weil sich ein Breitbandausbau für private Anbieter in einigen Regionen wirtschaftlich nicht rechnet, die Kommunen aber gleichwohl ihre Orte und Regionen auch unter strukturpolitischen Aspekten wettbewerbs- und lebensfähig halten wollen.

In Nordfriesland sind mit Unterstützung der kommunalen Ebene zwei regionale Breitbandnetzgesellschaften aktiv: Im Norden (die Ämter Südtondern und Mittleres Nordfriesland sowie die Gemeinde Reußenköge) sind für 50 Gemeinden FTTH⁸-Lösungen durch die Breitbandnetzgesellschaft in Planung, davon für 18 Gemeinden bereits in der Realisierung. Im Süden Nordfrieslands (die Ämter Eiderstedt, Nordsee-Treene und Viöl sowie die Städte Husum, Tönning, Friedrichstadt) plant die Bürger Breitband Netzgesellschaft in 60 Gemeinden ein Glasfasernetz, in Löwenstedt ist dies bereits realisiert. Die Landesregierung, die IB.SH sowie das Breitbandkompetenzzentrum Schleswig-Holstein (BKZSH) begleiten diese Projekte bedarfsgerecht.

Der Breitbandzweckverband Dithmarschen hat Mitte 2014 ein Ausschreibungsverfahren begonnen, das neben reinen FTTH-Lösungen auch Kombinationen mit FTTC⁹-Lösungen zulässt.

Auch bzw. gerade für die Zukunftsfähigkeit der Inseln und Halligen ist eine leistungsfähige Breitbandversorgung von eminent wichtiger Bedeutung. Die Menschen dort werden nur in der Region zu halten sein, wenn sie moderne Kommunikationsmöglichkeiten für sich und ihre Kinder haben. Die Unternehmen und vor allem die Tourismuswirtschaft brauchen Breitband als Lebensader und für die wirtschaftliche Weiterentwicklung. Telemedizin, Telearbeitsplätze, E-Government oder der Immobilienwert sind weitere Argumente, warum auch und gerade Inseln und Halligen gut mit Breitband versorgt sein müssen.

⁸ FTTH = „Fibre To The Home“, deutsch: Glasfaser bis in die Wohnung

⁹ FTTC = „Fibre To THE Curb“, deutsch: Glasfaser bis an die Bordsteinkante / den Kabelverteiler

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren sehr viel für die Verbesserung der Breitbandversorgung getan. Mit externer Hilfe ist es gelungen, Föhr, Amrum, Pellworm und die Hal-ligen Langeness, Gröde und Oland mit Fördermitteln an das Breitbandnetz anzuschließen. Angesichts der Insellage war dies ein anspruchsvolles Projekt mit ehrgeiziger Zielsetzung. Mit Hilfe auch von Richtfunkverbindungen ist es jedoch gelungen, eine gute bis sehr gute Versorgung zu erreichen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass auch an der Westküste wichtige Schritte in Richtung der bis 2030 angestrebten flächendeckenden Glasfaserinfrastruktur unternommen worden sind. Das Land begleitet und unterstützt diesen Prozess auf verschiedene Weise im Rahmen der verfügbaren Ressourcen. Dennoch bleibt eine Diskrepanz zwischen dem Status Quo und dem langfristigen Ziel, selbst wenn alle geplanten bzw. angekündigten Projekte verwirklicht würden.

10.2 Westküstenklinikum Brunsbüttel - Zukunftsmodell 2018

Die Westküstenklinikum Brunsbüttel und Heide gGmbH (WKK) verfügt an den Standorten Heide und Brunsbüttel über insgesamt 703 Planbetten. Hinzu kommen 96 Tagesklinikplätze.

Während die Schwerpunktlinik in Heide positive Betriebsergebnisse erzielt, befindet sich das Westküstenklinikum Brunsbüttel seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Das Brunsbütteler Haus wurde seinerzeit für 300 Betten entworfen und mit ca. 20 Millionen Euro vom Land Schleswig-Holstein gefördert. Hintergrund der Größe des Hauses war der damalige erwartete Aufstieg des Industriegebiets Brunsbüttel. Derzeit verfügt das Haus über 116 vollstationäre Betten und 16 Tagesklinikplätze. Aus dieser Größendifferenz wird deutlich, dass das Haus wesentlich zu groß konzipiert wurde. Unter anderem hieraus resultieren die wirtschaftlichen Probleme. Auch die im Haus aufgenommenen zwölf Praxen haben die wirtschaftliche Lage nicht entscheidend verbessern können.

Das Zukunftsmodell 2018

Vor diesem Hintergrund haben die Klinik, die Krankenkassen und die Landesregierung ein Zukunftskonzept für die Klinik Brunsbüttel entwickelt. Alle Beteiligten waren sich einig, dass ein dauerhafter Sicherstellungszuschlag für die Klinik Brunsbüttel vermieden werden sollte. Dies war nur möglich durch eine Neukonzipierung der medizinischen Versorgung im Raum Brunsbüttel. Am 7. November 2014 wurde in Brunsbüttel eine Vereinbarung über das „Zukunftsmodell Brunsbüttel“ zwischen den Klinikträgern, den Krankenkassen, der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein sowie der Landesregierung geschlossen. Ziel dieses Zukunftsmodells ist die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen stationären Grundversorgung verbunden mit einer nachhaltigen Verbesserung des Angebots für ambulante Leistungen.

Erreicht werden soll ein dauerhaft zuschlagsfreier Betrieb durch ein optimiertes Betriebskonzept. Folgende Strukturveränderungen sollen bis 2018 erfolgen:

- Teilneubau und Umbau zur Optimierung der medizinischen Prozesse und Freisetzung wirtschaftlicher Synergien,
- geringere Bettenkapazität (Reduzierung auf 84 Betten in den Normalstationen, vier Betten intermediate Care, zwölf Betten zentrale Aufnahmestation und zwölf Überwachungsplätze), hinzu kommen 15 tagesklinische Plätze für Geriatrie/Psychiatrie,

- Schließung der kostenintensiven Intensivstation bei Inbetriebnahme einer Intensivüberwachungspflege (IMC) mit notfallmäßiger Beatmungsmöglichkeit,
- Ausbau der zentralen Aufnahmestation im 24-Stundenbetrieb,
- reduzierter OP-Betrieb,
- weitere Kassenzulassungen zur Ausweitung der fachärztlichen Versorgung,
- organisatorisch vom WKK Heide losgelöste Notarztbesetzung.

Das neue Konzept setzt auch eine optimierte Baustruktur für Arbeitsabläufe und Behandlung der Patienten voraus.

Das Strukturkonzept für die Klinik Brunsbüttel soll dazu führen, dass die Klinik ohne Sicherstellungszuschläge existieren kann und als integriertes Versorgungszentrum eine qualitativ hochwertige Versorgung im Raum Brunsbüttel leisten kann.

10.3 Wohnungsbaupolitische Maßnahmen der Landesregierung auf der Insel Sylt

Das Land unterstützt die Insel Sylt im Rahmen des Masterplans Bezahlbares Dauerwohnen auf Sylt. Die Inselgemeinden haben 2009 auf Anregung der Landesregierung ein insulares Entwicklungskonzept beschlossen. Im Rahmen dessen wurden zur Abschätzung von Wohnungsbedarf und Zielgruppen das Wohnungsmarktkonzept für die Insel Sylt sowie Gutachten über konkrete Sicherungsmöglichkeiten des Dauerwohnens durch das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten gefördert. Im Ergebnis wurde Anfang November 2014 mit der Gemeinde Sylt eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Eine weitere Vereinbarung mit der Gemeinde Wenningstedt-Braderup soll Anfang kommenden Jahres abgeschlossen werden.

Wesentliche Inhalte sind:

- die konzeptionelle Entwicklung der Versorgung mit dauerhaften und bezahlbaren Wohnraum,
- deren finanzielle Förderung im Rahmen des am 20. Januar 2015 durch das Kabinett zu beschließenden insularen Förderbudgets in Höhe von 30 Millionen Euro für die nächsten vier Jahre sowie
- die Bereitstellung landeseigener Grundstücke; damit werden Wohnungssuchende, die vornehmlich in der öffentlichen und privaten Daseinsvorsorge auf Sylt beschäftigt sind, unterstützt.

Mit der Neufassung der Finanzierungsrichtlinien der sozialen Wohnraumförderung als weitere wohnungsbaupolitische Maßnahme wurde für den Neubau von Mietwohnungen eine sogenannte „Inselförderung“ eingeführt. Die Förderung untergliedert sich in drei Förderwege. Mit Nettokaltmieten von 5,50 bis 8,00 Euro je m² Wohnfläche und deutlich höheren Einkommensgrenzen sollen auch Normalverdiener auf Sylt erreicht werden.

Im Rahmen der „Offensive für bezahlbares Wohnen“ werden im Zeitraum 2013/2014 auf Sylt bereits rd. 260 Neubauvorhaben mit einem Fördervolumen von insgesamt rd. 40 Millionen Euro gefördert.

11. Fazit

Der Strukturwandel, in dem sich das Land als Ganzes befindet, stellt an der Westküste eine besondere Herausforderung für die Landespolitik dar. Die Ausgangslage mit einer geringen Industrialisierung weiter Teile der Westküste in Verbindung mit herausgehobenen und profilierten Tourismusdestinationen an der Nordsee ist in den

letzten Jahren durch die Entwicklung im Energiebereich (u. a. Energiewende) mit neuer Dynamik versehen worden.

Dem begegnet das Land in der Westküsteninitiative mit einer Strategie der engen Kooperation mit den regionalen Akteuren vor Ort (Westküstenbeirat) kombiniert mit einem gezieltem Mitteleinsatz u.a. in Form der Integrierten Territorialen Investitionen „Tourismus- und Energiekompetenzregion Westküste“ (ITI Westküste).

Intensivierte regionale Zusammenarbeit und Austausch sowie innovativer Ideenwettbewerb sind somit die Antwort der Landesregierung auf die Freisetzung vorhandener Entwicklungspotenziale und die Öffnung neuer Perspektiven für die Westküste.

Anlage 1 Mitglieder des Westküstenbeirates

Titel	Vorname	Name	Position	Institution
Dr.	Frank	Nägele	Staatssekretär	MWAVT
	Dieter	Harrsen	Landrat	Kreis Nordfriesland
Dr.	Jörn	Klimant	Landrat	Kreis Dithmarschen
	Torsten	Wendt	Landrat	Kreis Steinburg
	Andreas	Köhler	Leiter Bauamt	Kreis Pinneberg
	Jörg	Singer	Bürgermeister	Gemeinde Helgoland
	Martina	Hummel- Manzau	Geschäftsführerin	Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel mbH
Dr.	Matthias	Hüppauf	Geschäftsführer	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nord- friesland mbH
Dr.	Bernd	Bösche	Geschäftsführer	WTSH
	Lutz	Bitomsky	Vorstandsvorsitzender	Unternehmensverb. Untereelbe- Westküste e.V.
Dr.	Susanne	Uhl	Regionsgeschäftsführerin	DGB SH Nordwest - Regionsbüro FL
	Heike	Döpke	Vorsitzende der Geschäfts- führung	Agentur für Arbeit Flensburg
Prof. Dr.	Hanno	Kirsch	Präsident	Fachhochschule Westküste
Prof. Dr.	Herbert	Zickfeld	Präsident	Fachhochschule Flensburg
Prof. Dr.	Wolfgang	Benecke	Institutsleiter	Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnolo- gie (ISIT)
	Peter Michael	Stein	Hauptgeschäftsführer	IHK zu Flensburg
	Udo	Hansen	Hauptgeschäftsführer	Handwerkskammer Flensburg
	Morten	Holpert	Werksleitung	Holcim AG, Lägerdorf
	Andreas	Eichler	Director of Sales, Germany	Vestas Deutschland
	Sven	Paulsen	Geschäftsführer	Adler-Schiffe GmbH&Co. KG
	Hans Helmut	Schramm	geschäftsführender Gesell- schafter	SCHRAMM group GmbH&Co. KG
	Frank	Schnabel	Vorsitzender	Werkleiterrunde Brunsbüttel
	Susanne	Wiedemann- Grabert	Geschäftsführerin	Wiedemann GmbH
	Marianne	Boskamp	Geschäftsführerin	G. Pohl-Boskamp GmbH&Co. KG
	Frank	Ketter	Geschäftsführung	Nordsee-Tourismus-Service GmbH
	Rolf	Martens	Vorstandsmitglied	BUND Schleswig-Holstein eV
	Detlef	Buder	MdL a.D.	
	Martin	Kayenburg	MdL a.D.	
nachrichtlich				
	Thomas	Losse-Müller	Chef der Staatskanzlei	Staatskanzlei S-H
Dr.	Ingrid	Nestle	Staatssekretärin	MELUR

Anlage 2 Karte Korridore der Westküstenleitung

